

-Es gilt nur das gesprochene Wort-

**Rede Bürgermeister Klaus Baumann zur Verabschiedung des Haushalts 2010
in der Landschaftsversammlung am 22.04.2010**

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landesdirektor,
meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind in den Städten und Gemeinden und damit auch bei unserem Verband immer deutlicher zu spüren. Steuereinnahmen brechen dramatisch ein. In meiner Stadt haben wir gegenüber dem Ansatz 2009 und auch heute am 22.04.10 noch immer 40 % weniger an Gewerbesteuerereinnahmen. Gleichzeitig explodieren die Sozialausgaben. Wir alle wissen, dass für die Steigerung bei den Sozialausgaben vor allem die Eingliederungshilfe für Behinderte, die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose, die Grundsicherung im Alter sowie die Pflegehilfe verantwortlich sind. Dies sind keine kommunalen Aufgaben, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Wir wissen auch, dass das Sozialstaatsprinzip den Staat und die Kommunen zur Daseinsvorsorge verpflichtet. Was wir deshalb brauchen, ist eine Neuordnung der Gemeindefinanzen, damit die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, mögliche Daseinsvorsorge in adäquatem Umfang zu betreiben.

**Meine Damen und Herren,
ich habe in den letzten Wochen und Monaten an verschiedenen Resolutionen mitgewirkt bzw. Kongressen teilgenommen, die alle eines zum Ziel hatten: Wie können wir den finanziellen Kollaps der Kommunen verhindern und wie können wir eine bessere und gerechtere Gemeindefinanzierung erreichen. Ich habe dabei den Eindruck gewonnen, dass man z.Zt. ernsthaft in Berlin und Düsseldorf gewillt ist, sich dieses Themas anzunehmen.**

Meine Damen und Herren,

Landesdirektor und Kämmerer haben bei Einbringung des Haushalts 2010 ebenfalls auf die schwierige Ausgangslage für den Haushaltsplanentwurf hingewiesen und das neu gewählte Westfalenparlament somit direkt mit einer schwierigen Aufgabe befasst.

Bei Informationsveranstaltungen hat die Verwaltung die neuen Mitglieder der Landschaftsversammlung gut auf die Haushaltsberatung vorbereitet. Hierfür möchte ich mich bei Herrn Dr. Lunemann und der Kämmerei an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Meine Damen und Herren, der 3. Haushaltsplanentwurf nach dem NKF war anders als seine NKF-Vorgänger-Haushaltspläne strukturell nicht, sondern nur fiktiv -also rechnerisch- ausgeglichen.

Zum echten *Ausgleich des Haushaltsplanes 2010* ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage wäre eine Festsetzung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage auf 16,2 % erforderlich gewesen.

Unter Beachtung des Rücksichtnahmegebotes gegenüber seinen Mitgliedskörperschaften hat die Verwaltung mit dem am 28.01.2010 in die Landschaftsversammlung eingebrachten Entwurf der Haushaltssatzung eine Festsetzung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage auf 15,7 % vorgeschlagen. Dieses führte bei einer in etwa gleich hohen Belastung der Mitgliedskörperschaften wie im Jahre 2009 zu einem offen ausgewiesenen Defizit von 52 Mio. EUR, welches durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage fiktiv gedeckt werden sollte.

Beschlussvorschlag lt. Vorlage 13/0125 (Änderungsliste der Verwaltung)

Unter Berücksichtigung der nach Einbringung des Haushaltsplanentwurfs sich noch ergebenden Änderungen hat die Verwaltung der Landschaftsversammlung die Festsetzung des Hebesatzes auf 15,6 % vorgeschlagen. Maßgeblich hierfür waren insbesondere die sich aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 02.12.2009 für den LWL ergebenden höheren Erträge aus den BAföG-Leistungen für die Aufwendungen der Internatsunterbringung, die von der Verwaltung mit rd. 10 Mio. EUR ermittelt wurden.

Während die Belastung der Mitgliedskörperschaften bei diesem Vorschlag um rd. 10 Mio. EUR reduziert wurde, beläuft sich das offen ausgewiesene und aus der Ausgleichsrücklage fiktiv zu deckende Defizit auf 54,1 Mio. EUR.

Festzustellen bleibt, dass das Defizit des LWL zu fast 75 % den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet ist. Festzustellen bleibt auch, dass die Verwaltung des LWL mit ihrem Haushaltsplanentwurf 2010 die Augen nicht davor verschlossen

hat, dass die oben genannten Auswirkungen auch auf die Mitgliedskörperschaften zutreffen. Die Verwaltung des LWL schlägt selbst die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage vor.

Damit geht der LWL aus Solidarität zu seinen Mitgliedskörperschaften in die Verschuldung. Diesen Weg, meine Damen und Herren, können wir nur begrenzt gehen und ich persönlich bin auch nur bereit diesen Weg mitzugehen, weil alle Kommunen - auch im kreis-

angehörigen Raum - besondere Belastungen zu schultern haben. Lassen Sie mich weiter darauf hinweisen, dass der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf noch eine weitere wichtige Aussage beinhaltet: Da der konjunkturelle Einbruch aufgrund der Rückwirkungen des zugrunde zu legenden Referenzzeitraumes erst in 2011 so richtig auf die kommunale Familie und den LWL einschlägt, sieht die mittelfristige Planung für 2011 eine weitere Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von 124 Mio. Euro vor. Auch hier wird von der Verwaltung im Vorfeld Solidarität mit den Gliedskörperschaften signalisiert.

Uns allen ist darüber hinaus auch noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt worden, dass der LWL bereits seit mehr als 20 Jahren kontinuierlich seinen Haushalt konsolidiert. Das Schreiben der Verwaltung an das Innenministerium vom 26.01.2010, das uns auch allen zugegangen ist, belegt in eindrucksvoller Weise, dass der LWL sich eigentlich permanent in einem „freiwilligen“ Haushaltssicherungskonzept bewegt. Dieses Schreiben darf nach meiner Meinung bei künftigen Diskussionen nicht außer acht gelassen werden. An dieser Stelle möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung Dank sagen, dass sie ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet haben. Der Kämmerer hat in seiner Einbringungsrede eingeräumt, dass es durch eine sehr rigide Haushaltsführung und Haushaltsüberwachung gelungen ist, den Haushalt 2009 mit einem voraussichtlichen Überschuss abzuschließen. Dieser Überschuss beträgt rd. 37 Mio. Euro.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsberatungen in den Ausschüssen der Landschaftsversammlung fanden in einem sachlichen und konstruktiven Diskussionsklima statt. Wesentliche Veränderungen gegenüber dem von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsplanentwurf haben sich durch die politischen Beratungen nicht ergeben. Auf den CDU- und SPD/Grüne/FDP-Antrag zur Beibehaltung des Hebesatzes und die damit verbundenen Auswirkungen komme ich gleich noch zu sprechen. Auch zum Stellenplan 2010 hat es gegenüber dem Entwurf keine Änderungen gegeben.

Die Eigenbetriebe des LWL sind gut aufgestellt. Auch in diesem Jahr konnten die Wirtschaftspläne so aufgestellt werden, dass weder die Einrichtungen im Bereich der Jugendhilfe noch die LWL-Kliniken, - Pflege - und Förderzentren Zuschüsse aus dem Haushalt benötigen.

Im Rahmen der politischen Beratungen hat die CDU-Fraktion am 23.02. (Vorlage 13/0118) und SPD/Grüne/FDP (Vorlage 13/0186) am 09.04.2010 in der Sitzung des Finanzausschusses einen Antrag zur Hebesatzgestaltung 2010 eingebracht. Gemeinsames Ziel der Anträge: Beibehaltung des für 2009 gültigen Hebesatzes von 15,2 % auch für das Haushaltsjahr 2010. Im Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 14.04.10 waren sich –bis auf die Linken- alle Fraktionen einig, auf Vorschlag der Verwaltung die Beibehaltung des Hebesatzes wie folgt zu finanzieren:

- Reduzierung der Transferaufwendungen in der Produktgruppe 0502 (individuelle Hilfestellung im Einzelfall) um 5 Mio. EUR,**

- **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage um weitere 36,6 Mio. EUR, d.h. um insgesamt 90,7 Mio. EUR.**

- **Die Verwaltung wird beauftragt,**
 - **mit der Aufsichtsbehörde (Innenministerium NRW) zu verhandeln, wie die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage nach Möglichkeit unter Anrechnung des kompletten Jahresüberschusses 2009 erfolgen kann,**
 - **durch eine restriktive Haushaltsbewirtschaftung weitere Verbesserung in der Haushaltsausführung 2010 zu realisieren.**

Der Landschaftsausschuss hat gestern hinsichtlich der Finanzierung des Hebesatzes unterschiedlich votiert, aber im Prinzip am gemeinsamen Ziel von 15,2 % festgehalten.

Meine Bitte an die Kreise, die Verbesserungen, die sich aus der Beibehaltung des Hebesatzes ergeben, bitte an die kreisangehörigen Gemeinden zur Entlastung weiterzugeben.

Hinsichtlich unserer gemeinsamen Forderung zum Bundesteilhabegeld verweise ich auf Ziffer 3 des Antrages der Fraktionen SPD/B'90/Die Grünen/FDP. Hier besteht Übereinstimmung.

Meine Damen und Herren, mit der Beibehaltung des Hebesatzes wurde den Einwendungen entsprochen. Ich möchte an dieser Stelle nur kurz auf die Forderung der Einwender nach dem Einsatz der RWE WVE-Verkaufserlöse zur Umlagesenkung eingehen:

Grundsätzlich sollte vermieden werden, weitere Erlöse aus der Vermögensveräußerung zum Stopfen von Haushaltslöchern zu nutzen. Die Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der RWE Westfalen-Weser-Ems AG-Beteiligung war viele Jahre in der politischen Diskussion. Bereits die ersten Erlöse aus dem Verkauf (rd. 38 Mio. EUR) wurden 2003/2004 dem laufenden Haushalt zur Entlastung zugeführt. Wer erinnert sich noch daran?

Aus diesem Grund sollte an der bisherigen Beschlusslage festgehalten werden. So wird eine dauerhafte und nachhaltige Entlastung der Mitgliedskörperschaften in den Folgejahren erreicht. Denn die beschlossene Form der Mittelverwendung sorgt für Entlastungen bei Zinsen sowie im Kultur- und Sozialhaushalt und schont damit die Umlage nachhaltig.

Meine Damen und Herren, bevor ich zum Fazit des LWL-Haushaltes 2010 komme, möchte ich als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses einige Worte des Dankes sagen:

Stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Erstellung des Haushalts 2010 mitgewirkt haben, bedanke ich mich bei Herrn Dr. Lunemann für seine stets sachlichen und kompetenten Informationen, insbesondere auch in der Vergangenheit zum neuen NKF.

Lieber Herr Dr. Lunemann, der Verband verliert und die Stadt Gelsenkirchen gewinnt mit Ihnen einen exzellenten Finanzfachmann. Ich denke, ich spreche im Namen aller Mitglieder der Landschaftsversammlung, wenn ich Ihnen viel Erfolg und viel Glück als Beigeordneter der Stadt Gelsenkirchen wünsche.

Meine Damen und Herren, danke sagen möchte ich auch unserem 1. Landesrat und Kämmerer Dr. Baur für seinen besonderen Einsatz zum Wohle unseres Verbandes und als Kämmerer. Lieber Fritz Baur, wenn man aus dem aktiven Dienst ausscheidet, dann unternimmt man in der Regel Ausflüge in die Vergangenheit. Ihre Ausflüge hierzu im Rahmen der Einbringungsrede zum Haushalt 2010 waren sehr informativ, weil einiges auch heute immer noch Gültigkeit hat, insbesondere das, was Sie zu den Aufgaben eines Kämmerers ausgeführt haben.

Lieber Kämmerer Fritz Baur, ich möchte Ihnen danken, dass Sie die Pflichten des Kämmerers zum Wohle des Verbandes konsequent praktiziert haben.

Lieber Herr LWL-Direktor Dr. Kirsch, ich habe anlässlich Ihres 60. Geburtstages als Ausschussvorsitzender darauf hingewiesen, dass Sie sich mit Herzblut und Leidenschaft, mit hoher Kompetenz und großer Souveränität für die Belange unseres Verbandes eingesetzt haben. Insbesondere das Ergebnis, das Sie für den LWL bei der WestLB erreicht haben und welches seinen Niederschlag im Haushalt 2010 findet bzw. nicht findet hat das Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Boldt, veranlasst, Sie für einen Orden vorzuschlagen.

Was, lieber Wolfgang, kann es Schöneres geben. Danke Dr. Wolfgang Kirsch.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun mit folgendem Fazit schließen:

Der Haushalt des LWL ist bekannterweise in erheblichem Umfang durch die „Sozialen Leistungen“ mit einem Anteil von rd. 83 % an den Gesamtaufwendungen strukturell überproportional belastet. Werden die Bereiche der „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ sowie der „Schulträgeraufgaben“ hinzugerechnet, beträgt der hierfür im Wesentlichen gesetzlich geregelte und weitestgehend nicht beeinflussbare Anteil an den Gesamtaufwendungen des LWL über 90 %.

Aufgrund der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts wird das Aufwandsvolumen auch zukünftig steigen.

Eine nachhaltige Entlastung der kommunalen Familie im Bereich der Kosten aus der Eingliederungshilfe ist -wie von uns gefordert- unverzichtbar. Hoffen wir gemeinsam darauf, dass die eingesetzten Finanzkommissionen auch zu diesem Ergebnis kommen und dass ~~das seit Jahren geforderte Bundesteilhabegeld endlich kommt.~~

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.